

## Pressemitteilung 12.12.2017

# Altlasten-Sanierung in der Eppsteiner Straße in Oberursel ist keine Erfolgsgeschichte

## Alle Bedenken des BUND bestätigt

### **BUND antwortet auf Presseerklärung der Stadt Oberursel**

Obwohl die Stadt Oberursel in ihrer jüngsten Pressemitteilung vom 30.11.2017 sich lobend über die aus ihrer Sicht geglückten Schadstoffentfernung auf dem Grundstück in der Eppsteiner Straße in Oberursel äußert, bleibt diese Sanierung für den BUND Arbeitskreis Altlasten des BUND Landesverbands Hessen eine der fragwürdigsten Altlasten-Sanierungen in Hessen.

Der BUND nahm in den vergangenen Jahren mehrfach Einsicht in die Akten, sowohl im Rathaus von Oberursel als auch beim Regierungspräsidium (RP) in Wiesbaden. Das letzte Gespräch mit den Verantwortlichen beim RP fand Mitte November statt. Auch aus diesem abschließenden Gespräch zieht der BUND eine ganz andere Bilanz der Sanierung als die Stadt Oberursel:

1. Aus Sicht des BUND hat sich bestätigt, dass die Sanierung der Altlast in der Eppsteiner Straße nach wie vor ein Experiment mit gesundheitsgefährdenden Nebeneffekten ist. Nach Einschätzung des BUND fehlen beim Regierungspräsidium die personellen Kapazitäten für einen menschengerechten Umgang mit den Folgen und Nebenwirkungen der Gifte auf den Menschen, es fehlen vor allem chemisch-technisch geschulte Toxikologen. Die Gefährdung der Menschen und der Schutz besonders empfindlicher Gruppen (Ältere, Kinder, Kranke) ist zu kurz geraten. Auch weil die Gefahren, besonders bei Experimenten wie der Eppsteiner Straße, unterschätzt wurden und noch werden.

– 1/3 –

2. Während der Altlastensanierung wurden auf Drängen des BUND hin regelmäßige Außenluftmessungen durchgeführt. Die Messwerte, die auf der Homepage der Stadt Oberursel nachzulesen sind, zeigen klar, dass während der Sanierung die Belastung der Außenluft merklich anstieg. Dieser Anstieg kann grundsätzlich entweder auf Anlagenfehler, mangelhafte Absicherung der Altlast selber, die Sanierung an sich oder auf zusätzliche Bohrungen zurückgeführt werden.

Während der 2015 vorgenommenen Sanierungsbohrungen zur Nachbesserung gelangten durch eben diese Bohrungen selbst auch zusätzlich Schadstoffe in die Luft, wie auch Dr. Schrenk, leitender Ingenieur der Sanierungsfirma CDM Smith, bestätigt: „Es ist davon auszugehen, dass es durch die Bohrarbeiten zu einem Einfluss [auf die] Raumluftmessergebnisse im Nahbereich kommt.“ (16.2.2015) Das ist eine Tatsache, die während der großen Bohrkampagne 2012, als in der Eppsteiner Straße eine Ladenbesitzerin und ihre Kinder schwer erkrankten, vehement bestritten und daher nicht berücksichtigt wurde.

3. Dass gerade durch Bohrungen verstärkt Gase an die Außenluft gelangen, bestätigte kürzlich in Zusammenhang mit Gasbohrungen Matthias Haeckel (Geomar-Helmholtz Zentrum, Kiel): „Der Grund, warum das Gas jetzt da rauskommt, ist, dass während des Bohrvorgangs der Untergrund im Umfeld (im Nahumfeld dieses Bohrlochs) gestört wird, dadurch entsteht eine höhere Durchlässigkeit und das Gas steigt mit seinem eigenen Auftrieb entlang dieser Störung auf.“
4. Momentan finden an einigen Stellen in Oberursel Grundwasserbohrungen statt. Ziel dieser Bohrungen ist es, das Grundwasser zu untersuchen, um die genaue Lage von Schadstoffquellen (meist LHKWs) zu finden.  
Der BUND fordert, dass während dieser Bohrungen engmaschig Tests auf Giftstoffe in der Luft durchgeführt werden und nicht erst, wenn Anlieger etwas riechen – denn dann ist es zu spät.
5. Am Fall der Altlast in der Eppsteiner Straße zeigt sich, dass außer den toxikologischen Gefahren auch ingenieurtechnische Grundlagen missachtet wurden. So fehlten zum Beispiel Regelkreise, die bei Störungen oder Notsituationen die Kontamination der Menschen in der Umgebung verhindern sollten. Ob die Ursache dafür auf etwaige Überheblichkeit oder auf fehlendem technischen Wissen zurückzuführen ist, darüber möchte der BUND keine Aussage treffen.
6. Nach nun fast vier Jahren ist die Sanierung aus Sicht des BUND noch lange nicht abgeschlossen, die Kosten übersteigen die ersten Kalkulationen um ein Vielfaches. Die Sanierung unter Einsatz von heißem Dampf hat die Schadstoffe in Bewegung gebracht. Diese sind nur teilweise abgesaugt worden, ein Teil ist nachweislich ins Grundwasser gelangt. Trotzdem kann die Differenz von rund 1,5 bis 5 Tonnen bei den entfernten zu den vermuteten Mengen des LHKWs nicht schlüssig erklärt werden.

Der BUND fragt nun: Wo ist das restliche Gift geblieben? Wurde es zusätzlich ins Grundwasser verfrachtet? Liegt es noch unterhalb der sanierten Altlast verborgen? Zwar wurden die Eingreifwerte abgesenkt, trotzdem ist es nach wie vor zweifelhaft, ob diese Absenkung ausreicht, dauerhaft empfindliche Menschen zu schützen, wenn LHKWs auch mehrere Meter Boden in Gasform durchdringen können – die LHKW-Fahne zieht sich unter fast ganz Oberursel bis nach Frankfurt.

BUND Landesverband Hessen, AK Altlasten

Als äußerst brisant stuft der BUND deshalb die Aussagen der Stadt Oberursel ein, die Grundwasserkontamination in dem Gebiet sei derart gravierend, dass eine Gesundheitsgefahr über Raumluftkontamination für Menschen nicht ausgeschlossen werden könne. Der BUND fragt sich, wie die Menschen, die über schwer kontaminierten Grundwasserströmen im Abstrom der Altlastenstandorte in Oberursel leben, gegen solche Ausgasungen geschützt werden sollen.

Der BUND ist der Ansicht, dass das Abbauen der denkmalgeschützten Häuser, deren Zwischenlagerung und das Auskoffern bis heute hätte längst erledigt sein können – bei vermutlich kleineren Kosten, kürzerer Dauer und bei einer garantierten 100%-Reinigung des Untergrunds. Es würden schon heute Menschen in sauberem Umfeld in wieder aufgebauten Häusern leben. Da der Boden nicht komplett gereinigt wird, werden die Menschen weiterhin auf belastetem Boden leben müssen. Bislang ist auch eine Sanierung des Grundwassers nicht vorgesehen.

**Der BUND AK Altlasten fordert** deshalb mindestens die Sanierung des Grundwassers an den am schwersten kontaminierten Stellen in Oberursel, sowie die Aufstockung der toxikologischen Kompetenz beim RP in Wiesbaden.

Für Rückfragen stehen zur Verfügung:

Cordula Jacobowsky

Sprecherin Arbeitskreis Altlasten im  
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland  
BUND Landesverband Hessen e.V.

Ing.-Ass. für Elektrotechnik (BA)

Tel.: 06174 – 249 18 12  
Fax: 06174 – 249 18 13  
Mobil: 0179 – 78 45 148

E-Mail: [cordula.jacobowsky@bund.net](mailto:cordula.jacobowsky@bund.net)

Dr. Claudia von Eisenhart Rothe

Sprecherin Arbeitskreis Altlasten im  
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland  
BUND Landesverband Hessen e.V.

Diplom-Biologin

Tel.: 06171-91 600 56  
Fax: 06171-91 600 57  
Mobil: 0175-56 70 228

E-Mail: [cl-veisenhart@outlook.de](mailto:cl-veisenhart@outlook.de)